



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2015

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" schafft Grundlage für weitere erfolgreiche Bekämpfung des Extremismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das neue Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus". Die Landesregierung setzt damit ein deutliches Zeichen für eine lebendige Demokratie, ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft und gegen extremistische Umtriebe.
2. Der Landtag begrüßt die finanzielle Ausstattung des Landesprogramms. Mit jährlich 1,05 Mio. € werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um eine Radikalisierung und ein Abrutschen vor allem junger Menschen zu extremistischen Einstellungen und Gruppierungen präventiv zu verhindern. Bereits radikalisierten Personen werden Brücken für eine Rückkehr auf den Boden unserer freiheitlich-demokratischen Rechts- und Wertordnung gebaut. Gemeinsam mit zusätzlich rund 1,66 Mio. € aus dem Bundesprogramm "Demokratie leben!" stehen damit in Hessen jährlich rund 2,7 Mio. € für präventive Maßnahmen zur Extremismusbekämpfung zur Verfügung.
3. Der Landtag betont die besondere Bedeutung der Arbeit gegen das schnell wachsende Phänomen des islamistischen Fundamentalismus und Salafismus. Hessen ist das erste Bundesland, das hierfür ein eigenes landesweites Präventionskonzept entwickelt hat. Allein im Jahr 2015 stehen 400.000 € für die "Beratungsstelle Hessen - religiöse Toleranz statt Extremismus" des Violence Prevention Networks (VPN) zur Verfügung. Seit Mitte des Jahres 2014 ist VPN im Rahmen des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus landesweit tätig. VPN dient dabei als Ansprechpartner u.a. für Angehörige, Schulen und Vereine und soll in der Arbeit mit den betroffenen Jugendlichen vorbeugend und intervenierend gegen islamistischen Extremismus vorgehen.
4. Weitere 800.000 € jährlich stehen über das Landesprogramm und das Bundesprogramm (Anteil jeweils 50 %) für das Demokratiezentrum Hessen zur Verfügung. Neben der Anbindung an die Philipps-Universität Marburg besteht nun auch eine Außenstelle in Kassel. Der Landtag würdigt die Bedeutung der Arbeit des Demokratiezentrums, das ein umfassendes Angebot an Beratungen liefert und damit insbesondere gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einen Beitrag zu einem friedlichen Hessen leistet. Dazu gehören hessenweite Beratungen vor Ort durch mobilen Einsatz von Personal bei rechtsextremen Vorfällen sowie die Beratung von Kommunen bei der Neuaufnahme von Flüchtlingen. Das Programm "Rote Linien - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" versucht, Jugendliche zu erreichen, noch bevor diese Teil des organisierten Rechtsextremismus werden.
5. Der Landtag zeigt sich besorgt über die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Insbesondere die jüngsten Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte erfüllen den Landtag mit Entsetzen und sind nicht hinnehmbar. Der Landtag begrüßt die neu geschaffene Beratung für Betroffene und Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die Betreuung der Opfer ist eine wichtige Ergänzung zur täterorientierten Präventionsarbeit und ein Signal an die Betroffenen, dass sie nach Übergriffen und Anfeindungen nicht allein gelassen werden.
6. Der Landtag würdigt auch den Einsatz demokratischer zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen Rechtsextremismus. Deren Wirken ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil im Kampf gegen rechtsextremistische Gewalt. Der Landtag begrüßt daher die

zahlreichen Demonstrationen für eine offene und pluralistische Gesellschaft. Sie zeigen, dass in Hessen kein Platz für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist. Denn Hessen ist ein weltoffenes, von Internationalität und Vielfalt geprägtes Land. Wir danken diesen Gruppierungen für ihr Engagement.

7. Auch im Kampf gegen Rechtsextremismus gilt: Gewalt ist auch dort nicht gerechtfertigt, wo Rechtsextremisten von ihrem Versammlungs- und Demonstrationsrecht Gebrauch machen. Wer selbst gewalttätig wird und Polizei oder Demonstranten angreift, begibt sich außerhalb des Erlaubten und verletzt den demokratischen Konsens.
8. Der Landtag ist sich der Verantwortung zur Bekämpfung jeder Form von Extremismus bewusst. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und die Sicherung der Grundrechte unserer Demokratie sind oberstes Gebot. Extremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in Hessen keinen Platz finden. Es braucht hierzu ein starkes zivilgesellschaftliches Bewusstsein, Engagement und staatliches Handeln. Der Landtag zeigt sich besorgt auch bezüglich linksextremistischer Bedrohungen in unserem Land. Gewaltbereitschaft und Gewalttaten linksextremistischer Kräfte, Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit, gegen die Polizei, gegen Freiheit und Eigentum - wie sie etwa im Rahmen der Blockupy-Proteste aufgetreten sind - dürfen nicht verharmlost und nicht geduldet werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. April 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)